

54. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Gynäkologie und Geburtshilfe e. V.
vom 10.-14.09.2002 in Düsseldorf,

Sitzung „Frau ohne Kind – Kinderlose Gesellschaft“ am 13.09.2002

Dr. Jürgen Faik, Verband Deutscher Rentenversicherungsträger:

„Die demografische Entwicklung der Gesellschaft in Deutschland“

- Redemanuskript -

1. Einleitung

Ehe nachfolgend zukunftsgerichtet die voraussichtliche demografische Entwicklung in Deutschland thematisiert werden wird, soll zunächst ein kurzer Überblick über die vergangenen Tendenzen in diesem Bereich gegeben werden.

Um dieses tun zu können, ist es sinnvoll, das Demografiephänomen in seine drei Teilelemente zu zerlegen:

- In die Entwicklung der Geburtenzahlen,
- in die Entwicklung der (ferneren) Lebenserwartung und
- in die Zuwanderung.

2. Zur Entwicklung der Geburtenhäufigkeiten in Deutschland

In Bezug auf die *Geburtenhäufigkeiten* gilt es festzuhalten, dass diese sich in der jüngeren Vergangenheit markant verringert haben. In den 1960er Jahren, zur Zeit des Baby-Booms, wurden in Deutschland von 1.000 Frauen rund 2.500 Kinder geboren. Jetzt sind es nur noch etwa 1.400. Die Fertilität in Deutschland – mit rund 800.000 Geburten pro Jahr - gehört damit zu den niedrigsten weltweit. Eine niedrigere Geburtenhäufigkeit als Deutschland weisen in der Europäischen Union nur Italien und Spanien mit etwa 1.200 und Griechenland mit etwa 1.300 Geburten je 1.000

Frauen auf. Noch niedriger war nur die Geburtenrate in den neuen Bundesländern zu Beginn der 1990er Jahre, als sich im Zuge der wirtschaftlichen und sozialen Umbrüche die Geburtenrate auf 800 Kinder je 1.000 Frauen verringerte. Der Rückgang der Geburtenhäufigkeiten in Italien und Spanien hat im Übrigen später eingesetzt als in Deutschland.

Da die Geburtenziffer in Deutschland bereits seit den siebziger Jahren sehr stabil bei 1.400 Geburten je 1.000 Frauen liegt, werden seit 30 Jahren deutlich weniger Kinder geboren, als zur zahlenmäßigen Nachfolge ihrer Elterngeneration notwendig wären. Genauer gesagt: Die Elterngeneration wird nur noch zu etwa zwei Dritteln durch Kinder ersetzt. Bleibt das Geburtenniveau auf Dauer so niedrig, hat das langfristig eine schrumpfende und alternde Bevölkerung zur Folge: Die Eltern rücken in ein höheres Alter auf, deren Kinder bilden eine schwächer besetzte nachfolgende Elterngeneration, die bei einer gleichbleibend niedrigen Geburtenhäufigkeit insgesamt weniger Kinder zur Welt bringen wird, so dass sich die Alterspyramide nach unten weiter verengen wird. Dadurch werden die Sterbefälle in wachsendem Maße die Geburten überwiegen. 1999 z. B. starben in Deutschland etwa 76.000 Menschen mehr als geboren wurden. Ein Jahr zuvor fiel dieser Gestorbenenüberschuss um knapp 10.000 Personen geringer aus.

Angesichts der langfristigen Stabilität des Geburtenniveaus im früheren Bundesgebiet und einer zunehmenden Angleichung der neuen Länder an diese Situation ist nicht mit einer grundlegenden Änderung des Geburtenverhaltens in Deutschland zu rechnen. Das Statistische Bundesamt geht daher davon aus, dass die gegenwärtige Geburtenhäufigkeit auf Dauer anhält. Diese Einschätzung erscheint realistisch. Die Annahmen der Vereinten Nationen, die für Deutschland einen langfristigen Anstieg der zusammengefassten Geburtenziffer bis zum Jahr 2050 auf 1.500 bis 1.600 Kinder je 1.000 Frauen vorsehen, erscheinen hingegen als zu optimistisch. Aber auch ein Eintreffen dieser optimistischen Vorhersage würde nichts am grundsätzlichen Ergebnis ändern: In Folge einer zu niedrigen Geburtenrate – im Sinne von „zu niedrig zur Bestandserhaltung“ – wird die Bevölkerung in Deutschland altern und schrumpfen.

3. Zur Entwicklung der Lebenserwartung in Deutschland

Bezüglich des zweiten Demografieelementes der *Lebenserwartung* wird vielfach zwischen der Lebenserwartung Neugeborener und der Lebenserwartung älterer Personen unterschieden. Hierbei ergab sich in Bezug auf die Lebenserwartung Neugeborener von 1900 bis 2000 eine Zunahme um beachtliche 30 Jahre, vornehmlich als Folge des Rückgangs der Säuglings- und Kindersterblichkeit; von 1970 auf 2000 resultierte immerhin noch ein Anstieg der Lebenserwartung Neugeborener um sieben Jahre. Heute sterben in Deutschland von 1.000 Neugeborenen nur noch etwa 5 im ersten Lebensjahr. Vor hundert Jahren waren es nahezu 200 gewesen, und selbst 1970 starben noch 23 von 1.000 Neugeborenen. Die aktuelle Lebenserwartung für männliche Neugeborene liegt in Deutschland bei etwa 74 Jahren, jene für weibliche Neugeborene bei ca. 80 Jahren.

Aber auch für die älteren Frauen und Männer hat sich die im Durchschnitt zu erwartende Lebenszeit deutlich verlängert. Heute kann ein 60-jähriger Mann damit rechnen, dass er noch 19 Jahre leben wird. Vor hundert Jahren hatte er eine um 6 Jahre geringere und 1970 noch eine um 4 Jahre geringere fernere Lebenserwartung. Eine Frau, die jetzt 60 Jahre alt ist, kann damit rechnen, sogar noch 23 Jahre zu leben.

Die Lebenserwartung hat sich auch in anderen Industriestaaten wie Frankreich, den USA oder Japan in einem ähnlich Ausmaß erhöht und liegt in einigen Ländern – vom Niveau her betrachtet – um mehrere Jahre höher als in Deutschland. Zu nennen ist hier insbesondere Japan; aber auch die Lebenserwartung in Schweden übersteigt die in Deutschland deutlich.

Es ist – angesichts der verbesserten Lebensumstände und des medizinischen Fortschritts – von einer weiteren Zunahme der Lebenserwartung auszugehen. Für das Jahr 2050 wird daher mit einem weiteren Anstieg der ferneren Lebenserwartung von 60-jährigen Frauen bzw. Männern um 3,5 bzw. 2,7 Jahre gerechnet.

4. Zur Entwicklung der Zuwanderung in Deutschland

Im Hinblick auf das dritte Demografieelement - die *Zuwanderung* - zeigt sich im Zeitablauf für Deutschland eine unstete Verlaufsform. Führt zunächst das Abkommen über die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte von 1955 bis 1968 zu einem erheblichen Anstieg der Zuwanderung, so bewirkten sowohl der Anwerbestopp von 1973 als auch das Rückkehrhilfegesetz von 1983 tendenziell das Gegenteil. Auch das Asylverfahrensgesetz von 1993 wirkte in die letztgenannte Richtung.

Nach dem Anwerbestopp Anfang der 1970er Jahre prägten die Familiennachzüge dieser Arbeitskräfte das Wanderungsgeschehen. In den 1980er und 1990er Jahren haben politische Entwicklungen, wie die starke Zuwanderung von deutschstämmigen Aussiedlern aus Osteuropa und der Zustrom von Asylbewerbern und Bürgerkriegsflüchtlingen, den Wanderungssaldo geprägt. Die verschiedenen Ursachen und ihre zeitliche Abfolge führten in der Vergangenheit sogar zu einem mehrfachen Wechsel zwischen positiven und negativen Wanderungssalden.

Aussagen zur zukünftigen Entwicklung dieser Größe sind vergleichsweise schwer zu treffen; sie hängen – anders als Geburten und Sterbefälle – nämlich nicht nur vom Verhalten der hier lebenden Bevölkerung ab. Aktuell befindet sich Deutschland in einer intensiven Diskussion der Frage, ob und wie zukünftig Zuwanderung gestaltet werden soll. Die von der rot-grünen Bundesregierung eingesetzte Zuwanderungskommission etwa stellte fest, dass das Land rund 500.000 Einwanderer je Jahr bräuchte, um die sinkende Zahl der deutschen Bürger aufzufangen. Eine isolierte deutsche Lösung der Asyl- und Einwanderungspolitik ist jedoch nicht sonderlich realistisch. Dem entspricht auch das Ziel der Europäischen Union, bis zum Jahr 2004 eine gemeinsame Asylpolitik zu beschließen.

Zurzeit beträgt der Saldo von deutschen Zuwanderern rund 80.000 Personen pro Jahr. Für die Zukunft kann davon ausgegangen werden, dass die Zahl der deutschstämmigen Zuwanderer allmählich abnehmen wird. Bis zum Jahr 2050 ergibt sich nach Einschätzung des Statistischen Bundesamts in der Summe eine Nettozuwanderung von einer Million deutschstämmiger Personen. Für die ausländische Bevölkerung hat das Statistische Bundesamt – angesichts der angedeuteten Unsicherheiten – zwei Varianten durchgerechnet. Die erste generiert bei einer durchschnittlichen

Nettozuwanderung von 100.000 Personen pro Jahr einen Wanderungsgewinn von 4,9 Mio. Ausländern bis zum Jahr 2050. Die zweite Variante – mit einem jährlichen Saldo von 200.000 Personen – führt zu einer Zahl von 9,3 Mio. zusätzlichen Ausländern.

Die bisherigen Äußerungen bezogen sich auf den Saldo von Zu- und Abwanderungen, also auf die Nettozuwanderungen. Der Blick auf den Saldo verstellt allerdings den Blick auf das Ausmaß der tatsächlichen Wanderungsbewegungen, d. h. der Bruttowanderungen. Auch bei einem Saldo von Null finden Zu- und Abwanderungen statt. Das Statistische Bundesamt spricht in diesem Zusammenhang von einer „Sockelwanderung“ und stellte sie in einem Umfang von 400.000 Zu- und Fortzügen in seine Berechnungen ein.

Bereits durch die Struktur der Sockelwanderung - die nach Deutschland zuziehenden Ausländer sind im Durchschnitt jünger als die fortziehenden - ergibt sich ein gewisser „Verjüngungseffekt“. Dieser Verjüngungseffekt verstärkt sich bei einem positiven Wanderungssaldo. Im Gegensatz zu den beiden vorher beschriebenen Entwicklungen - Fertilität und Sterblichkeit – bremsen die Zuwanderungen daher den Alterungsprozess.

5. Bevölkerungsvorausschätzungen für Deutschland

Die drei Demografieelemente der Geburtenhäufigkeiten, der Lebenserwartung und der Zuwanderung bilden den Ausgangspunkt für auf das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland bezogene Bevölkerungsvorausschätzungen. Auf dem entsprechenden „Markt“ haben sich in der jüngsten Vergangenheit eine Vielzahl von Institutionen hervor getan; beispielhaft seien aufgeführt: Die Vereinten Nationen, die OECD, das europäische Statistikamt EUROSTAT, das Statistische Bundesamt sowie das kommerzielle Baseler Wirtschaftsforschungsinstitut PROGNOSE AG. Die diesbezüglichen Aussagen zum zukünftigen demografischen Verlauf in Deutschland stimmen zumindest in ihren Grundaussagen überein. So ist allen Berechnungen der Befund einer weiterhin zunehmenden Alterung der bundesdeutschen Bevölkerung gemeinsam.

Dies geht – wie erwähnt – u. a. aus Vorausberechnungen des Statistischen Bundesamtes hervor. Gleichzeitig wird die Schrumpfung der bundesdeutschen Bevölke-

rungszahl sichtbar: Bei einer jährlichen Nettozuwanderung von 100.000 Personen würde den entsprechenden Berechnungen zufolge die Bevölkerungszahl in Deutschland von ca. 80 Mio. Personen auf ca. 65 Mio. Personen im Jahre 2050 sinken; bei einer jährlichen Nettozuwanderung in Höhe von 200.000 Personen ergäbe sich ein Bevölkerungsrückgang auf etwa 70 Mio. Personen im Jahre 2050. Im internationalen Kontext wird evident, dass die demografische Entwicklung kein rein nationales bzw. kein rein europäisches Problem ist. Weitgehend alle Industrienationen – mit Ausnahme der USA – sind von dem skizzierten Alterungs-/Schrumpfungsprozess betroffen.

Derzeit liegt der Altenquotient, der das Verhältnis aus der Anzahl der Alten zu der Anzahl der Jungen misst, in Deutschland bei ca. 40 %; im Jahre 2030 wird er – je nach Berechnungsvariante – voraussichtlich 70 bzw. 73 % und 2050 gar 75 bzw. 80 % betragen. Operationalisiert ist der Altenquotient hierbei – beispielhaft - durch das Verhältnis aus der Anzahl der über 60-Jährigen und der Anzahl der im erwerbsfähigen Alter zwischen 20 und 60 Jahren befindlichen Personen.

Insgesamt betrachtet, können Zuwanderungen und Verhaltensänderungen den Anstieg des Altersquotienten abschwächen. Wollte man – rein hypothetisch – die Relation der 15- bis 64-Jährigen zu den über 64-Jährigen konstant halten, müssten jährlich 3,4 Mio. Personen nach Deutschland zuwandern. Dies ist eine unrealistische Größenordnung, auch wenn man bedenkt, dass Deutschland in der Vergangenheit gezeigt hat, dass es zu enormen Integrationsleistungen fähig ist.

6. Demografiebedingte sozioökonomische Veränderungen in Deutschland

Durch die skizzierte demografische Entwicklung entstehen u. a. im sozialen Bereich Lasten. Beispielhaft wird nachfolgend die demografische Grundproblematik im Bereich der bundesdeutschen Alterssicherung an Hand der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) illustriert werden.

Auf das derzeitige Finanzierungssystem der GRV - das Umlageverfahren – bezogen, gilt in diesem Zusammenhang (unter Abstraktion von Bundeszuschuss, Rehabilitations- und Verwaltungsaufwendungen) folgende Finanzierungsgleichung:

Einnahmen = Ausgaben,

wobei:

Einnahmen: $E = B \cdot L \cdot A$

Ausgaben: $A = R \cdot Z$

[mit: Z = Zahl der Rentner, R = durchschnittliche Rentenhöhe, A = Zahl der versicherten Arbeitnehmer, L = durchschnittliches versicherungspflichtiges Einkommen, B = Beitragssatz].

Hieraus erhält man nach Gleichsetzung von E und A die Bestimmungsgleichung für den GRV-Beitragssatz:

$$B = \frac{Z}{A} \cdot \frac{R}{L}.$$

An Hand der vorstehenden Bestimmungsgleichung für den GRV-Beitragssatz ist ersichtlich, dass in Anbetracht der demografischen Entwicklung (Z/A) ein konstanter GRV-Beitragssatz (derzeit etwa 19 %) nur über eine Verminderung des Rentenniveaus (R/L) herbeigeführt werden kann. Hier haben modellhafte Schätzungen eine Ceteris-Paribus-Absenkung des Rentenniveaus auf 54 % für das Jahr 2030 ergeben. Die Sicherung eines bestimmten Rentenniveaus müsste demgegenüber angesichts der erwarteten demografischen Entwicklung mit Beitragssatzanstiegen einher gehen. Modellberechnungen haben hier – unter der Annahme eines Rentenniveaus von 70 % - ceteris paribus bis zum Jahre 2030 eine Beitragssatzerhöhung auf 24-25 % aufgezeigt.

Über das vorgenannte Beispiel hinaus ergeben sich auch in den anderen bundesdeutschen sozialen Sicherungseinrichtungen auf Grund der Demografieentwicklung ähnliche, wenn nicht sogar gravierendere Problemlagen. Beispielhaft sei an dieser Stelle auf die gesetzliche Krankenversicherung und die Pflegeversicherung verwiesen. Auch für die Arbeitsmarktpolitik stellen sich mannigfaltige Probleme, wie etwa das Problem alternder Belegschaften z. B. mit der Konsequenz veränderter Arbeitsplatzgestaltungen. Darüber hinaus dürfte sich durch die demografische Entwicklung auch der sektorale Wirtschaftswandel in Deutschland verstärken, und zwar derge-

stalt, dass der Dienstleistungsbereich – etwa über die Zunahme pflegerischer Tätigkeitsformen – weiter an Bedeutung gewinnen dürfte.

7. Schlussbetrachtung

Insgesamt bleibt festzuhalten, dass der Alterungsprozess der bundesdeutschen Gesellschaft bereits eingesetzt hat und nur noch schwer zu stoppen ist. Eine vollständige Vermeidung der aus der Alterung der Bevölkerung hervorgehenden Lasten – insbesondere im Bereich der sozialen Sicherungssysteme – ist nicht mehr möglich. Daher geht es bereits heute darum, die Lasten inter- wie intragenerational möglichst „gerecht“ zu verteilen.

Darüber hinaus geben empirisch festgestellte Wohlstandsnachteile von Haushalten mit Kindern – insbesondere von Alleinerziehenden-Haushalten – Anlass zur Frage, ob das bestehende System des Familienlastenausgleichs in Deutschland nicht zu reformieren sei. In dieser Sicht erscheint eine Umverteilung von den kinderlosen Haushalten zu den Haushalten mit Kindern dringend geboten. Finanzielle Hilfen könnten ebenso wie verbesserte Kinder-Betreuungsangebote dazu beitragen, die Lage der Familien in Deutschland zu verbessern. Auch erscheint es m. E. zumindest nachdenkenswert, das Ehegattensplitting bei der Einkommensteuer abzuschaffen und die individuellen Arbeitszeiten familienfreundlicher – z. B. über einen Ausbau qualitativ hochwertiger Teilzeitarbeitsplätze - zu gestalten.

Insgesamt würden durch eine Verbesserung der gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen gegebenenfalls positive demografische Anreize gesetzt werden.